

1 **Leitantrag zum Saarlandtag 2019 der Jungen Union Saar**

2 **Zukunft. Vor Ort. Gestalten.**

3 Kommunen sind die Keimzelle unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Städte und
4 Gemeinden sind Orte, an denen sich Menschen begegnen, sich engagieren und mit denen sie
5 sich verbunden fühlen. Ohne starke Kommunen geht die Identifikation der Menschen mit ihrer
6 Heimat und der Politik als Ganzes verloren. Deswegen bekennen wir uns ausdrücklich zu einer
7 starken kommunalen Selbstverwaltung und dem Subsidiaritätsprinzip. Wir wollen als Junge
8 Union Saar die Zukunft der saarländischen Kommunen vor Ort aktiv gestalten, und haben uns
9 daher für die anstehenden Kommunalwahlen mit wichtigen Themenfelder befasst, die Bausteine
10 dafür sind, dass unsere Kommunen im Saarland lebens- und liebenswert bleiben.

11 **Vorreiter sein für einen zukunftsfähigen ÖPNV**

12 Der ÖPNV im Saarland beeinflusst gerade das Leben vieler junger Menschen tagtäglich. Egal, ob
13 für Schüler, Auszubildende oder Studenten: Gute Bus- und Bahnverbindungen zu bezahlbaren
14 Preisen sind für viele von essentieller Bedeutung und stellen sich für unser Land als wichtigen
15 Standortfaktor dar.

16 Das aktuelle Bild des Öffentlichen Personennahverkehrs im Saarland ist dagegen durch
17 verkrustete, undurchsichtige Strukturen, teilweise fehlende Fahrplanabstimmungen und eine
18 nicht zeitgemäße Preis- und Fahrplanstruktur geprägt. Der ÖPNV stellt sich aktuell für viele –
19 auch für viele junge Menschen – nicht als attraktive Möglichkeit der Fortbewegung dar. So
20 wundert es nicht, dass mehr als die Hälfte der Saarländer über 16 Jahre komplett auf die
21 Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs verzichtet. Die in den letzten Jahren
22 vorgenommenen gesetzlichen Änderungen konnten die grundsätzlich vorhandenen Probleme
23 nicht lösen. Auch die zuletzt vom Wirtschaftsministerium vorgestellten Pläne zur Reform des
24 Entgeltsystems mögen brauchbare Ansätze enthalten, stellen aber in keiner Form den
25 notwendigen „großen Wurf“ dar. Für uns als Junge Union Saar gilt daher auch heute: **Es muss**
26 **sich im ÖPNV im Saarland endlich etwas Grundsätzliches ändern.**

27 Die Strukturen und Finanzflüsse im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs im Saarland
28 sind intransparent und durch eine Vielzahl von beteiligten Akteuren geprägt. Das bestehende
29 Konstrukt lässt eine klare Verantwortungszuordnung kaum zu. Aus dem Geflecht von
30 Zweckverbänden, Genehmigungsbehörden und Institutionen kommt keine Initiative,
31 auftretende Probleme lösungsorientiert anzugehen. Eine ausreichende Abstimmung der Akteure
32 untereinander erfolgt auch nach der letzten Änderung des ÖPNV-Gesetzes nicht in
33 zufriedenstellender Form. Dies betrifft auch gerade den **kreisüberschreitenden Verkehr**:
34 Buslinien über die Kreisgrenzen hinweg sind immer noch, obwohl die Problematik seit vielen
35 Jahren bekannt ist, katastrophal koordiniert. Stärkerer Austausch und Kooperationen dürfen als
36 politische Ziele nicht nur formuliert, vielmehr müssen diese Ziele auch konsequent umgesetzt
37 werden.

38 Wir als Junge Union Saar wollen das bestehende System vom Grundsatz her überdenken: Die
39 vorhandenen Strukturen können nur mit politischem Mut und Entschlossenheit durchbrochen
40 werden. Einfachere Strukturen sind möglich und scheinen unter Berücksichtigung der Größe

41 unseres Bundeslandes auch angemessen. Ein zukunftsgerichteter **ÖPNV aus einem Guss** –
42 durch Bündelung von Zuständigkeiten in einem „**Verkehrsverbund Saar**“ – ist möglich und
43 deswegen unser Ziel. Dies stellt auch die Grundlage dafür dar, dass erforderliche Verkehrsflüsse
44 über die Kreisgrenzen hinweg ohne Einschränkungen erfolgen können.

45 Unter neuem Dach des landesweiten Verkehrsverbundes gilt es ein **neues Tarifsysteem**
46 einzuführen. **Das Wabensystem ist in ein entfernungsabhängiges, ortsbasiertes Ringsystem**
47 **zu überführen.** Diese Ringe ließen sich beispielsweise durch eine Staffelung der Anzahl an
48 Haltestellen oder auch durch ein Entfernungssystem, ausgehend vom Einstiegsort, modellieren.
49 So wäre ein dreistufiges Preissystem mit variablen Ringen aus Nahbereich, Mittelstrecke sowie
50 landesweitem Verkehr zum Höchstpreis denkbar.

51 Die bisher vom Wirtschaftsministerium vorgestellten Pläne zur Entgeltreform können nur als
52 ersten Schritt in die richtige Richtung angesehen werden. **Die komplette Abschaffung des**
53 **komplizierten und im Einzelfall ungerechten Wabensystems ist und bleibt unser Ziel.**

54 Im Zuge der Digitalisierung sowie der damit notwendigen Implementierung technischer
55 Einrichtungen, wie u. a. E-Ticketing, Apps und GPS-basierter Ticketdrucker in den jeweiligen
56 Verkehrsmitteln, lässt sich der Wandel bestreiten: **Die Einführung von Onlinetickets ohne**
57 **vorherige Registrierung ist absolut überfällig und umgehend umzusetzen.**

58 Ein entscheidender Aspekt, der aktuell einer stärkeren Nutzung und Akzeptanz des ÖPNV im
59 Weg steht, ist der Ticketpreis. Eine echte und schnelle Förderung von Bus und Bahn lässt sich
60 nur dann erreichen, wenn an dieser Stellschraube spürbar gedreht wird. Insofern ist bei allem
61 institutionellen Verbesserungsbedarf auch klar, dass **zusätzliche Finanzmittel** in das ÖPNV-
62 System fließen müssen, um dessen Attraktivität entscheidend zu erhöhen.

63 Die Pläne des Wirtschaftsministeriums zur Reform des Entgeltesystems sind auch im Hinblick
64 auf geplante Änderungen im Bereich der Abo- und Zeitkarten nicht vollends überzeugend:
65 Insbesondere ist sicherzustellen, dass jede Form von zusätzlicher Belastung von Familien mit
66 Kindern vermieden wird. Auch berücksichtigen die entsprechenden Pläne des Ministeriums die
67 Chancen des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Nutzergruppe der Berufspendler nicht
68 ausreichend.

69 Wir bleiben insofern bei unseren Vorschlägen für die Reform des Entgeltesystems im Bereich
70 der Abo- und Zeitkarten:

71 Landesweit nutzbare Monats- bzw. Semesterkarten für **Schüler und Studenten** sollten weiterhin
72 zu vergünstigten Konditionen angeboten werden und in Zukunft einen monatlichen Preis von
73 25€ in keinem Fall übersteigen. Zudem sollten Teilnehmer eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ)
74 und Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes (BFD), Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ)
75 und Freiwilligen Politischen Jahres (FPJ) ein kostenloses Saarland-Ticket erhalten.

76 Eine Erweiterung der Personengruppen, die Anspruch auf vergünstigte landesweite
77 Monatskarten hat, ist um die der **Auszubildenden und Referendare** notwendig. Die
78 Konditionen für diese sollten sich an denen für Schüler und Studenten orientieren.

79 Außerdem sprechen wir uns für die Einführung eines günstigen Tickets für den Bus- und
80 Bahnverkehr in der gesamten **Großregion** für junge Menschen aus: Wir wollen sie über die
81 Landesgrenzen hinaus mobilisieren, damit sie die Möglichkeiten unserer internationalen

82 Großregion noch besser nutzen können.

83 Reguläre Monatskarten für Erwachsene sollten einen Preis von 50 € nicht übersteigen. Somit
84 würde der ÖPNV auch für **Berufspendler** entscheidend attraktiver werden. Jobtickets sind zu
85 fördern. Unsinnige Zeitbegrenzungen (z. B. täglich ab 9.00 Uhr) wie in dem durch die
86 saarländische Wirtschaftsministerin vorgestellten „Flatrate“-Modell für die Nutzung von Bussen
87 und Zügen finden indes nicht unsere Unterstützung.

88 Als Junge Union Saar stehen wir – als Zukunftsvision – einem kostenlosen ÖPNV offen
89 gegenüber. Die verschiedenen Modelle hierzu sollten aktiv und ergebnisoffen diskutiert werden.

90 Der Bahnverkehr im Saarland muss gestärkt werden. Als autarkes Verkehrsmittel kann der
91 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) für eine nachhaltige Entlastung der Straßen sorgen.
92 Reaktivierungen von derzeit stillgelegten Strecken an den Siedlungsachsen gilt es zu prüfen,
93 insbesondere auch grenzüberschreitende Verbindungen. Die vielfältigen Fördermöglichkeiten
94 von Bund und EU sollten auf ihre Anwendung hin geprüft werden. Auch eine Erhöhung des
95 Güterverkehrs ist im Kontext der Reduktion von Betriebskosten zu empfehlen. Der Busverkehr
96 muss konsequent am Schienenverkehr ausgerichtet werden, beispielsweise durch die
97 Einrichtung von kommunalen Ringbuslinien. Weiter muss **Parallelverkehr vermieden werden**.
98 Zudem muss die Mitnahme und Verwahrung von Fahrrädern sowie P+R Parkplätzen in die
99 Planung einbezogen werden. **Die Erhebung eines zusätzlichen Entgeltes für die Mitnahme von**
100 **Fahrrädern ist komplett abzuschaffen**. Auch eine Erhöhung der Busfrequenz ist hierbei als
101 wichtige Verbesserung zu nennen. Durch eine digitale Vernetzung und Ausschöpfung des
102 Potenzials im Bereich der E-Mobilität, des Carsharings oder von Online-Buchungssystemen,
103 ließe sich ein Alleinstellungsmerkmal für den Saar-ÖPNV kreieren.

104 Die landesweiten **Nachtbuslinien müssen erhalten und weiter ausgebaut werden**, sodass auch
105 weitere Städte an das Nachtbusnetz angebunden werden. Darüber hinaus sind Nacht-Jugend-
106 Taxis, wie beispielsweise in den Landkreisen Merzig-Wadern und Neunkirchen, eine sinnvolle
107 Ergänzung zu den Nachtbussen. Sie bieten den Jugendlichen eine zusätzliche Flexibilität im
108 Hinblick auf die Erreichbarkeit weniger gut angebundener Ortschaften sowie auf die
109 Abfahrtszeiten. Was Nachtbusse in bestimmten Fällen nicht bieten können, ließe sich über eine
110 bestehende Infrastruktur einfach kompensieren. Das Preisniveau soll auf dem jetzigen Stand
111 gehalten werden, damit die Nachtbusse auch weiterhin gerade für junge Menschen attraktiv
112 bleiben. Wir fordern außerdem: **Schüler, Studenten, Referendare und Auszubildende, die**
113 **Inhaber einer Abo- oder Zeitkarte sind, müssen den Nachtverkehr komplett kostenlos, ohne**
114 **jede Zuzahlung, nutzen können**.

115 Der **ländliche Raum** prägt unser Bundesland in entscheidender Form. Die teilweise schwierige
116 Anbindung einiger Dörfer an das ÖPNV-Netz muss **besser gestaltet werden**. Vor dem
117 Hintergrund wegbrechender Infrastruktur in kleineren Dörfern sind flexible und bezahlbare
118 Anbindungen an größere Orte von noch größerer Bedeutung. Dabei darf es auch keine
119 Denkverbote geben. Wir fordern die Überprüfung und Einführung von mehr
120 Bedarfsverkehrssystemen im ländlichen Raum. Es muss Aufgabe aller sein, beispielsweise mehr
121 Akzeptanz für **„Call-a-bus“-Lösungen** zu schaffen.

122 Bus und Bahn sind mit **freiem und leistungsfähigem W-LAN** flächendeckend auszustatten. Für
123 die Akzeptanz des ÖPNV muss eine zuverlässige und schnelle Internetverbindung in

124 öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer Selbstverständlichkeit werden. Beispielsweise ist die
125 Nutzung des ÖPNV für Berufstätige oder Studenten dann attraktiv, wenn sie Fahrtzeiten für
126 ihre Arbeit nutzen können.

127 **Alternative Antriebe** stellen die Zukunft im ÖPNV dar. Ob als Hybridvariante oder rein
128 elektrisch, Bus und Bahn werden zunehmend batteriebetrieben sein. Und damit wird der Weg
129 für den nächsten Schritt in Richtung **autonomes Fahren** geebnet. Sammeltaxis, die
130 bedarfsorientiert Fahrgäste einsammeln, bieten für die Städte und ihre Menschen neue Chancen.
131 Bundesweit laufen bereits erste Modellprojekte in Städten wie bspw. Hamburg. Da das Saarland
132 aufgrund seiner Flächenstruktur für solche neuen Ansätze als Modellregion geeignet wäre, sollte
133 dies genutzt werden, um eine Vorreiterrolle übernehmen zu können. Nicht zuletzt die enge
134 Verknüpfung mit IT-Kernthemen wie die der künstlichen Intelligenz bietet Synergien, die im
135 Saarland entstehen können.

136 Für die Wahrnehmung und Akzeptanz des Bus- und Bahnverkehrs sind die **Beschäftigten**,
137 insbesondere diejenige, die mit den Kunden unmittelbar in Kontakt treten, von großer
138 Bedeutung. Wir sprechen uns für faire Arbeits- und Lohnbedingungen aus, die beispielsweise
139 den Beruf des Busfahrers attraktiv halten. Auch ist das Sicherheitsgefühl nicht nur der Kunden,
140 sondern auch der Beschäftigten ernst zu nehmen: So setzen wir uns u. a. auch für die
141 **Ausweitung der Videoüberwachung** in Bus und Bahn überall dort ein, wo Sicherheitsrisiken
142 bestehen und Kameras die Sicherheitslage verbessern können.

143 **Digitalisierungsstrategie 2025 für das Saarland!**

144 Digitalisierung ist kein Zustand, sondern ein dynamischer Prozess, der schon heute die
145 allermeisten Lebensbereiche tangiert, wenn nicht sogar maßgeblich gestaltet. Gleichzeitig ist
146 festzustellen, dass Digitalisierung häufig noch immer mehr als Gefahr oder Risiko, denn als
147 Chance gesehen wird. Das Saarland erzielt gute Fortschritte in diesem Themenfeld,
148 insbesondere wenn es um die Ansiedlung von Know-How aus der IT-Branche oder den
149 flächendeckenden Breitbandausbau geht. Um auch in Zukunft attraktiver und
150 wettbewerbsfähiger Standort zu sein, fordern wir eine „Digitalisierungsstrategie 2025“ für das
151 Saarland. Darin muss aus Sicht der Jungen Union Saar enthalten sein:

152

153 - **Konkreter Fahrplan für 5G**

154 Der 5G-Standard ist wichtige Voraussetzung etwa für die Realisierung des autonom fah-
155 renden Autos oder von Smart-Industry-Anlagen. Deswegen braucht es einen konkreten
156 Fahrplan zum Ausbau des 5G-Mobilfunkstandards im Saarland. Voraussetzung dafür ist
157 unter anderem auch die flächendeckende Bereitstellung einer stabilen Mobilfunkversor-
158 gung.

159

160 - **Digitale Bildung in allen Schulen gestalten und umsetzen**

161 Saarländische Schulen haben nach wie vor Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung. Digi-
162 tale Schulbuchausleihe, Computing als Schulfach, Digitalkompetenz als verpflichtender
163 Teil der Lehrerausbildung sind wesentliche Stichworte, die für eine echte Digitalisierung
164 der Bildung unabdingbar sind und in einer Digitalisierungsstrategie unbedingt berück-
165 sichtigt werden müssen.

166

167

168

- **Freies W-LAN für das Saarland**

169

Die Freiheit der Kommunikation, sowie die Möglichkeit zur Information gehören zu

170

den unverzichtbaren Grundelementen unserer demokratischen Gesellschaftsordnung.

171

Um allen Mitgliedern unserer Gesellschaft die gleiche Chance zur Teilhabe an

172

Kommunikation und Information zu gewährleisten, ist es notwendig räumliche und

173

finanzielle Schranken zu überwinden. Das Konzept muss also lauten: Freies Internet an

174

zentralen Stellen und im öffentlichen Personennahverkehr für jeden und kostenlos!

175

Wir fordern daher die Einrichtung von freiem W-LAN an öffentlichen Plätzen.

176

Zudem fordern wir freies W-LAN in Zügen, Bussen und Saarbahnen. Bei zukünftigen,

177

öffentlichen Vergaben darf daher nicht auf die Option „freies WLAN“ verzichtet

178

werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass allen Saarländern freies WLAN im

179

ÖPNV kostenneutral zur Verfügung steht.

180

181

- **Digitale Verwaltung**

182

Das Saarland hat nach wie vor Nachholbedarf gegenüber anderen Bundesländern im Be-

183

reich der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen. Die Junge Union Saar fordert

184

die saarländischen Kommunen daher auf, sich stärker als bisher dabei einzubringen,

185

kommunale Bürgerdienste zu digitalisieren. Es braucht einen verbindlichen Fahrplan auf

186

dem Weg zum digitalen Bürgerbüro. Beispiele für notwendige und sinnvolle Maßnahmen

187

sind die Digitalisierung von Meldegängen (Wohnsitz, Kfz etc.), sowie die Buchung von

188

Sporthallen oder Veranstaltungsräumlichkeiten über das Internet oder per App.

189

Wählbarkeit am Zweitwohnsitz

190

Das Kommunalwahlgesetz des Saarlandes sieht bislang eine Wählbarkeit nur an dem Ort vor, an

191

dem die Hauptwohnung (Erstwohnsitz) liegt. Gerade für Ausbildungs- und/ oder Studienzwecke

192

kommt es häufig vor, dass junge Menschen ihren Wohnsitz in die Nähe ihrer

193

Ausbildungsstätte/Hochschule verlegen und somit nur ihre Wählbarkeit in ihrem Heimatort

194

behalten können, wenn sie einen Zweitwohnsitz, also ihrem Ausbildungsstandort, anmelden.

195

In den beiden großen Hochschulstandorten des Saarlandes, der Landeshauptstadt Saarbrücken

196

und der Kreisstadt Homburg, wird für die Anmeldung eines Zweitwohnsitzes eine zusätzliche

197

Steuer in Höhe von 10% der Nettokaltmiete veranschlagt. Dies führt zu einem nicht

198

unerheblichen finanziellen Mehraufwand, der junge Menschen vor eine schwierige Entscheidung

199

stellt: Den Hauptwohnsitz verlegen und kommunale Mandate aufgeben, oder am Zweitwohnsitz

200

eine zusätzliche Steuer entrichten.

201

Die Junge Union Saar erneuert daher ihre Forderung nach einer entsprechenden Öffnung des

202

kommunalen Wahlrechts für den Ort des Nebenwohnsitzes, indem es durch des Betroffenen zu

203

einer Entscheidungshandlung über seine Wählbarkeit am Erst- oder Zweitwohnsitz kommen

204

muss.

205

Müllvermeidung konkret gestalten!

206

Die Entsorgung und Verwertung von Müll ist in Deutschland nach wie vor ein komplexes Thema.

207 Die aktuellen Diskussionen speziell um die Vermeidung von Plastikmüll machen deutlich, dass
208 Aufklärungsbedarf darüber herrscht, was mit Müll in Deutschland passiert und welche
209 Maßnahmen jeder Haushalt individuell treffen kann, um weniger Müll zu produzieren. Die Junge
210 Union Saar fordert daher eine „Aufklärungskampagne Müllentsorgung und –vermeidung“. Die
211 Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger für das Thema Müll vor Ort zu stärken kann wirksam
212 dazu beitragen, für Kommunen Kosten zu senken und gleichzeitig den Schutz der Umwelt weiter
213 zu stärken.

214 **Bezahlbaren Wohnraum stärker fördern!**

215 Die Wohnstruktur des Saarlandes weist ein starkes Stadt-Land-Gefälle auf. Zugleich befinden
216 sich die Städte und Gemeinden in einem ständigen Wettbewerb um die Ansiedlung von
217 Einwohnern. Beispielsweise durch das Baukindergeld wird schon heute die Ansiedlung junger
218 Familien auf dem Land erfolgreich gefördert. Jedoch wirkt sich der Wettbewerb zwischen den
219 Kommunen negativ auf die sinnvolle Nutzung von vorhandenen Flächen und Synergieeffekten
220 aus. Unter Berücksichtigung des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs im Saarland fordern wir
221 die saarländischen Kommunen zu einer stärkeren Zusammenarbeit und gemeinsamen
222 Bedarfsplanung, etwa bei der Ausweisung neuer Bauplätze oder der Neuansiedlung von
223 Einkaufsmöglichkeiten auf. Das Wirtschaftsministerium muss endlich den
224 Landesentwicklungsplan vorlegen. Dadurch kann einem zunehmenden Sterben der Ortskerne
225 erfolgreich entgegen gewirkt werden. Insbesondere in der Landeshauptstadt Saarbrücken
226 braucht es endlich ein tragfähiges Konzept zur weiteren Stadtplanung und –entwicklung.

227 **Ärztmangel auf dem Land bekämpfen!**

228 Aktuelle Studien belegen, dass das Saarland von einem akuten Ärztemangel bedroht ist. Einer
229 ländlich geprägten Struktur und einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung stehen immer
230 weniger junge Ärzte zur Verfügung, die sich in ländlichen Regionen niederlassen wollen. Die
231 derzeitige Bedarfsplanung für die Niederlassung von Ärzten muss auf einen in die Zukunft
232 gerichteten Bedarf angepasst werden und darf nicht nur den Status Quo des Ärzteangebots
233 berücksichtigen. Hierfür fordert die Junge Union Saar die saarländischen Kommunen zu einer
234 Initiative gegenüber der Bundesregierung auf. Mit den durch das TSVG getroffenen Regelungen
235 zur Entbudgetierung für bestimmte Patientengruppen ist ein wichtiger Schritt zur
236 Kapazitätssteigerung in der ärztlichen Versorgung getan. Die Junge Union Saar fordert weitere
237 kommunale Anstrengungen gegenüber der Bundesregierung, um auch langfristig die ärztliche
238 Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

239 **Apothekensterben verhindern!**

240 Die Zahl der Bundesweiten Apotheken befindet sich auf dem tiefsten Stand seit 30 Jahren.
241 Besonders von Schließungen betroffen sind kleine Apotheken in strukturschwachen Gebieten.
242 Doch gerade diese leisten viel für die Gesundheitsversorgung vor Ort, sei es durch Betreuung
243 von älteren, nicht mobilen Kunden; flächendeckenden Notdiensten oder mittels Beratung in
244 einem Gesundheitssystem, in dem den Ärzten immer weniger Zeit für ihre Patienten bleibt.
245 Das Apothekensterben ist auf viele Faktoren zurückzuführen: Fachkräftemangel, Ärzteschwund,

246 Bürokratisierung, Krankenkassen und Online-Apotheken. Gerade gegenüber Online-Apotheken
247 besteht ein eklatanter Wettbewerbsnachteil.
248 Um dem entgegen zu wirken, fordert die Junge Union Saar die Kommunen dazu auf, den
249 Apotheken vor Ort möglichst günstige Rahmenbedingungen zu bieten und gemeinsam mit der
250 Landesregierung gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union für eine
251 Gesetzgebung zu werben, die dem ungleichen Wettbewerb gegenüber Online-Apotheken
252 entgegenwirkt und Apotheken gerade auf dem Land wieder rentabel macht.